

1. **Auftraggeber:** Name: Deutscher Bundestag, - Verwaltung -
Referat ZT 6, Vergaben
Straße: Platz der Republik 1
Ort: Berlin
PLZ: 11011
Telefon: +49 30-227-33234
E-Mail: vergabereferat@bundestag.de
Fax: +49 30-227-30374
- Bearbeitungsnummer:** ZT6-1133-2016-036-17-IT2
(bitte stets angeben)
2. a) **Verfahrensart:** Öffentliche Ausschreibung
- b) **Vertragsart:** Lieferauftrag
3. a) **Art und Umfang der Leistung:** Lieferung von interaktiven Flachbildschirmen
Gegenstand des Vertrages ist die Lieferung und
Montage von zehn interaktiven Flachbildschirmen
inklusive Treibern und Bediensoftware sowie von
sechs Wandhalterungen und vier mobilen Halterungen
für interaktive Flachbildschirme. Zudem sind sieben
SMART Boards inklusive Wandhalterung in der
Liegenschaft der AG abzubauen. Optional kann die
Auftraggeberin den Abtransport und die Entsorgung
dieser SMART Boards beauftragen.
- Für alle Flachbildschirme wird eine Garantie für die
Mängelfreiheit für vier Jahre gewährt. Beim Auftreten
eines Mangels während dieses Zeitraums ist eine
Vor-Ort-Reparatur oder ein Vor-Ort-Austausch
innerhalb von drei Werktagen ab Beauftragung
vorzunehmen.
- b) **CPV - Nr:**
- c) **Unterteilung in Lose:** nein
(Neben Einzellosen können auch
mehrere oder alle Lose angeboten
werden)
- d) **Lieferort:** Berlin-Mitte
- e) **Lieferfrist:** Beginn: ..
Ende: ..
- Bemerkung zur Lieferfrist: Lieferung innerhalb von drei
Wochen ab Zuschlagserteilung
4. a) **Anforderung der Unterlagen:** siehe Auftraggeber
- b) **Frist:** 03.05.2016 23:59:59
- c) **Schutzgebühr:** Nein
- Empfänger
- IBAN
- BIC-Code
- Geldinstitut
- Verwendungszweck

5. a) **Angebotsfrist:** 04.05.2016 12:00Uhr
- b) **Anschrift:** siehe Auftraggeber
- c) **Sprache:** Deutsch (gilt auch für Rückfragen und Schriftverkehr)
6. **Kautionen und Sicherheiten:** Keine
7. **Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen:**
Leistungsbeschreibung,
EVB-IT Kauf-AGB, Zusätzliche
Vertragsbedingungen der Verwaltung
des Deutschen Bundestages, Teil B
der Vergabe- und Vertragsordnung für
Leistungen (VOL/B).
8. **Rechtsform, die die Bietergemeinschaft bei der Auftragserteilung annehmen muss:** gesamtschuldnerisch haftend
9. **Mindestbedingungen**(Unterlagen zur Beurteilung der Eignung des Bewerbers):
- a) k.A.
- b) k.A.
- c) k.A.
- d) - Eigenerklärung über die Eintragung im Handelsregister/ in der Handwerksrolle oder Auszug aus dem Berufsregister, sofern eine Eintragungspflicht besteht (Punkt 3.1.1 des Angebotsvordrucks).
- Erklärung über die Anmeldung in einer Berufsgenossenschaft (Punkt 3.1.2 des Angebotsvordrucks).
- Die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach Punkt 2 des Angebotsvordrucks wird durch Unterschrift des Angebots mit abgegeben. Beim Einsatz von Unterauftragnehmern erklärt der Bieter dies mit seiner Unterschrift auch für den/die Unterauftragnehmer.
- Bei Insolvenz einen von allen Gläubigern angenommenen Insolvenzplan und die gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplanes als eigene Anlage mit der Bezeichnung "INS" (Punkt 2 des Angebotsvordrucks).
- Eigenerklärung über den Umsatz (jährlich mindestens 200.000 Euro) des letzten abgeschlossenen Geschäftsjahres, soweit er die angebotenen Leistungen betrifft (Punkt 3.5 des Angebotsvordrucks).
- Sofern die Bildung einer Bietergemeinschaft beabsichtigt ist, ist die Erklärung nach Punkt 10 der Bewerbungsbedingungen vorzulegen (Punkt 3.8 des Angebotsvordrucks). Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haben dem Angebot zudem die hier genannten Nachweise beizufügen. Dabei können die Mindestanforderungen gemeinsam erfüllt werden.
- Sofern der Einsatz eines Unterauftragnehmers beabsichtigt ist, sind die in Punkt 4 des Angebotsvordrucks aufgeführten Angaben vorzunehmen. Zudem ist Punkt 9 der Bewerbungsbedingungen zu beachten.
- Nachweis über die CE-Kennzeichnung (oder gleichwertiger Art) der angebotenen Produkte.
- Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis (Deckungssumme mindestens 500.000 Euro für Personen- und Sachschäden). Im Falle einer Bietergemeinschaft ist der Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis jedes Mitgliedes der Bietergemeinschaft vorzulegen.
- Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz:
Die Auftraggeberin wird ab einer Auftragssumme von mehr als 30.000 € für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz anfordern.
10. **Zuschlagsfrist/Bindefrist:** 15.07.2016
- Falls bis zum Ablauf dieser Frist kein Auftrag erteilt ist, können die Bieter davon ausgehen, dass ihr Angebot nicht berücksichtigt wurde.
11. **Zuschlagskriterien:** siehe Vergabeunterlagen

**12. Nebenangebote/
Änderungsvorschläge:**

nicht zugelassen

13. Sonstige Angaben:

Bieterfragen werden grundsätzlich nur beantwortet, wenn sie bis zum 27.04.2016 gestellt werden. Die Beantwortung später eingehender Bieterfragen liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Vergabestelle.

Für die Teilnahme am Vergabeverfahren ist die Abforderung und Nutzung der Vergabeunterlagen zwingend; diese können kostenfrei über die Vergabepattform des Bundes oder bei der Auftraggeberin, vorzugsweise per E-Mail, angefordert werden. Die Einzelheiten zu der zu vergebenden Leistung ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

Bei der Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots wird das angebotene Skonto berücksichtigt, wenn die Skontofrist mindestens 14 Kalendertage beträgt.

Eine Ortsbesichtigung wird empfohlen.